

19. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG am 4. April 2009 in Falkenberg / Elster

Beschluss

Seite 1 von 3

Falkenberger Erklärung zum ländlichen Raum

- 12 Thesen zum ländlichen Raum -

Die FDP ist eine Partei für ganz Brandenburg. Deshalb kümmert sie sich auch um die Belange derjenigen, die nicht in Ballungszentren oder deren unmittelbarer Umgebung, sondern im ländlichen Raum leben. Dieser ist vom demografischen Wandel - rückläufige Geburtenzahl, starke Alterung der Gesellschaft und Abwanderung sowohl in die alten Bundesländer als auch Binnenwanderung innerhalb Brandenburgs in den sog. Speckgürtel hinein – besonders betroffen. Wir wollen, dass der ländliche Raum genauso l(i)ebenswert ist wie der zentrumsnahe. Deshalb fordern wir:

1) Im ländlichen Raum müssen möglichst viele Entscheidungen vor Ort getroffen werden.

Entscheidungen sind möglichst in die Kreise und Gemeinden zu verlagern, selbstverständlich mit den zugehörigen Finanzmitteln; denn vor Ort weiß man am besten, was nötig ist. Erst nach einer solchen Funktionalreform, die umfassend und am Subsidiaritätsprinzip orientiert regelt, welche Verwaltungsebene welche Aufgaben wahrnehmen soll, kann eine Gebietsreform überhaupt erst wieder auf die Tagesordnung kommen.

2) Der ländliche Raum muss seine Potentiale selbst nutzen und entwickeln können.

Den Gemeinden muss die Chance gegeben werden, sich als Grundzentren zu etablieren. Dies darf ihnen nicht durch eine Verwaltungsverordnung „von oben“ verwehrt werden.

3) Der Zugang zu schulischer Bildung und ihre Qualität dürfen nicht davon abhängen, wo die Schüler wohnen.

Deshalb muss es Leistungs- und Begabtenklassen auch im ländlichen Raum geben. Angesichts sinkender Schülerzahlen sind Strukturdebatten verfehlt; es ist danach zu entscheiden, wie das beste Angebot für die Schüler bereitgestellt werden kann. Dabei sind weite Schulwege zu vermeiden; kleine Menschen brauchen kurze Wege, um große Leistungen erbringen zu können.

4) Wir wollen den Mittelstand stärken, auch im ländlichen Raum.

Facharbeitermangel ist eines der wichtigsten Probleme infolge der demografischen Entwicklung. Durch Abwanderung vor allem junger Leute kommt es zu einer weiteren Abwanderung, diesmal von Betrieben. Wegen fehlender Zukunftsperspektiven wandern dann wiederum junge Leute ab. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Junge Menschen brauchen gute Möglichkeiten für die berufliche Bildung im erstrebten Beruf. Das kann z.B. durch Ausbildungsverbünde von Betrieben oder Schaffung von Unterkunftsmöglichkeiten für Auszubildende bei wohnortfernem Ausbildungsplatz geschehen. Gegen den Facharbeitermangel hilft auch der freiwillige Teilzeiteinsatz von erfahrenen Arbeitskräften, die sich bereits in Rente befinden.

5) Mobilität muss im ländlichen Raum auch ohne Auto möglich sein.

Vor allem Nichtmotorisierte wie Kinder, Jugendliche und Ältere brauchen ein ausreichendes Nahverkehrsangebot, auch durch Punkt-zu-Punkt-Verkehre anstelle von Linienverkehren sowie ehrenamtliche Aktivitäten wie etwa Bürgerbusse.

Gerade in einem Flächenland wie Brandenburg ist ein funktionstüchtiges und bedarfsgerechtes Netz von Regional- und S-Bahnen unerlässlich und ermöglichen es vielen Bürgern, außerhalb der Ballungszentren zu wohnen und in diesem zu arbeiten.

Mobilität betrifft auch den Verkehr mit Daten. Schnelle Datenverbindungen sind besonders im ländlichen Raum ein Stück Lebensqualität und auch für das Wirtschaftsleben unerlässlich und müssen schnellstmöglich eingerichtet werden.

6) Leben im ländlichen Raum darf nicht zum Gesundheitsrisiko werden.

Auch in Zeiten zunehmender Entvölkerung des ländlichen Raumes ist eine flächendeckende ambulante ärztliche Versorgung auf gutem Niveau und eine ebensolche Versorgung mit Apotheken sicherzustellen. Wir brauchen eine Gesundheitspolitik, bei der Ärzte eine Praxiseröffnung auch wirtschaftlich verantworten können. Zusätzlich müssen in Zeiten des Ärztemangels auf dem Lande flexible unbürokratische Maßnahmen getroffen werden, z.B. Einführung eines „Dreitagesdoktors“, Einsatz von Medimobilen, verstärkte Nutzung der Telemedizin, ärzteunterstützende Maßnahmen wie die Einführung von Gemeindefachkräften.

Bei der Krankenhausplanung darf es keine am grünen Tisch in Potsdam beschlossene bloße Fixierung an der Bettenzahl geben, sondern sie ist an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten. Entbindungsstationen und andere Formen der unverzichtbaren stationären medizinischen Basisversorgung vor Ort müssen auch im ländlichen Raum erhalten bleiben.

7) Wohnen im ländlichen Raum darf kein Sicherheitsrisiko werden.

Polizeiwachen sind zu erhalten; denn Ziel des polizeilichen Handelns muss es sein, möglichst kurze Alarmierungszeiten zu haben, um den Bürgern schnell professionelle Hilfe anbieten zu können.

Gerade auch angesichts der Entfernungen im ländlichen Raum ist eine moderne technische Ausstattung für Polizei und Feuerwehr insbesondere durch digitalen Funk unerlässlich.

8) Schrumpfungsprozesse können als Chance begriffen und genutzt werden.

Durch eine aktive Angebotspolitik ist statt weiterer Zersiedelung des Landes auf die Schließung von Baulücken in den Innenstädten hinzuwirken. Öffentliche Gelder, z.B. aus dem Stadtumbauprogramm Ost, dürfen nicht nur für den Rückbau von Plattenbauten verwendet werden, sondern sind verstärkt privaten Eigentümern für die Altbausanierung in den Innenstädten zur Verfügung zu stellen. Dadurch können vor allem die zahlreichen Orte mit historischer Innenstadt in ihrem Kern wieder attraktiver gestaltet werden.

9) Auch im ländlichen Raum muss die Verwaltung gut erreichbar sein.

Die Verwaltung muss für den Bürger da sein, ihm dürfen keine zeitaufwendigen Wege zugemutet werden, um z.B. einen Antrag zu stellen. Statt weiter Wege des Bürgers zum Kreissitz sind etwa mobile Bürgerbüros/Verwaltungsbusse einzuführen, die in die Ortschaften fahren und dort als An-

1 laufstelle eingesetzt werden. Das e-government ist auszubauen, d.h. die Möglichkeiten, zum Abrufen von Informationen und Stellen von Anträgen mit der Verwaltung über den Computer Kontakt aufzunehmen zu können.

5 **10) Der ländliche Raum muss ein l(i)ebenswertes Umfeld bleiben.**

6 Weder die Wohnqualität noch der Genuss der Naturschönheiten, auch für Touristen, dürfen durch
7 Windkraftanlagen beeinträchtigt werden. Neue Anlagen dieser Art dürfen nur mit Zustimmung der
8 jeweiligen Stadt oder Gemeinde erreicht werden und auch dann nur mit einem Mindestabstand
9 von 1.500 Metern zur nächsten Wohnbebauung. Im Rahmen der Biogasanlagen muss sichergestellt
10 sein, dass die biologischen Prozesse im Optimum betrieben werden, so dass es zu keinen
11 Geruchsbelästigungen kommt. Ebenfalls ist sicherzustellen, dass das Verbringen von Gärresten
12 nur zu einem Zeitpunkt erfolgt, in welchem der Boden Nährstoffe direkt aufnehmen kann und eine
13 Beeinträchtigung der Vorflut ausgeschlossen ist.

15 **11) Der ländliche Raum bedarf eines breiten Engagements und muss auch für Familien mit Kindern da sein.**

17 Der ländliche Raum lebt durch das Engagement seiner Bewohner. Nachhaltige Politik muss dieses
18 Engagement unterstützen und die Menschen befähigen, durch vielerlei Initiativen zu einer lebens-
19 wertigen Umwelt beizutragen. Im Zentrum dieser Bemühungen müssen die Familien stehen. Da viele
20 Berufspendler längere Anfahrtszeiten auf sich nehmen müssen, sind vor allem flexible Öffnungszeiten
21 bei den Kitas erforderlich. Für eine ortsnahe Kinderbetreuung kommt privaten Betreuungsmög-
22 lichkeiten (Tagesmüttern) besondere Bedeutung zu. Für diese ist eine angemessene Vergütung
23 sicherzustellen.

25 **12) Neue Chancen für die Landnutzer durch neue Aufgaben**

26 Eine wichtige Aufgabe der Landwirte ist heutzutage neben der Nahrungsmittelproduktion die Pflege
27 und Offenhaltung unserer Kulturlandschaft Für diese oftmals unentgeltlichen Leistungen dürfen die
28 Landnutzer nicht zusätzlich mit über die Sozialpflichtigkeit hinausgehenden Auflagen belastet wer-
29 den. Vielmehr müssen ihre Leistungen in einem breiten gesellschaftlichen Konsens anerkannt und
30 gewürdigt werden. Dazu gehört es auch, dass die Gesellschaft den gesamten Kanon der Landnut-
31 zungen, wie z.B. auch die Forstwirtschaft, die Binnenfischerei und die Jagd in ihrer Bedeutung für
32 die ländlichen Räume anerkennt.

33 Die Chancen, die sich durch erneuerbare Rohstoffe, vor allem Biomasse, ergeben, müssen ver-
34 stärkt genutzt werden. Ebenso ist sicherzustellen, dass die reichhaltigen Potentiale der Naturaus-
35 stattung Brandenburgs für den Tourismus konsequent erschlossen werden und damit als zusätzli-
36 che Einkommensquelle des ländlichen Raumes zur Verfügung stehen.

37